

Deutschland-Bad Tölz: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

OJ S 125/2023 03/07/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Bad Kohlgrub

Postanschrift: Hauptstraße 29

Ort: Bad Tölz

NUTS-Code: DE21D Garmisch-Partenkirchen

Postleitzahl: 83646

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Zweckverband KDZ Oberland Zentrale Beschaffungsstelle

E-Mail: vergabe@zv-oberland.de

Telefon: +49 80414417/700

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: <https://my.vergabe.bayern.de>Adresse des Beschafferprofils: <https://my.vergabe.bayern.de>**I.2. Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: [https://www.meinauftrag.rib.de/public](https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/1/tenderId/248782)[/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/1/tenderId/248782](https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/1/tenderId/248782)

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/1/tenderId/248782>[rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/1/tenderId/248782](https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/1/tenderId/248782)

Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und

Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und

vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei

möglich unter: [https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId](https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/1/tenderId/248782)[/platformId/1/tenderId/248782](https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/1/tenderId/248782)**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Objektplanung für Gebäude und Innenräume

Referenznummer der Bekanntmachung: 3-1-che-23-146

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Da Bestandgebäude muss erweitert werden. Die Gemeinde Bad Kohlgrub plant die Erweiterung im laufendem Betrieb. Es ist beabsichtigt die Objektplanung Lph. 1-9 gemäß §§ 33ff HOAI für die Erweiterung Kindertagesstätte St-Martin in 82433 Bad Kohlgrub, Rudolf-Schnell-Straße 10 stufenweise zu beauftragen. Angebotsabgabe mit Lösungsvorschlag

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE21D Garmisch-Partenkirchen

Hauptort der Ausführung: 82433 Bad Kohlgrub

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Planungsleistungen für Gebäude und Innenräume für die Erweiterung der Kindertagesstätte St. Martin in Bad Kohlgrub;
stufenweise Beauftragung der Leistungsphasen 1-9

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 49

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 3
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Auswahlkriterien vgl. Tabelle 1 Auswahlkriterien

- Referenzen, Technische Fachkräfte, mittlerer Umsatz im Tätigkeitsbereich, Referenzen, Gesamtbeschäftigtenzahl, Anzahl der technischen Fachkräfte, Angaben zu Unteraufträgen

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

stufenweise Beauftragung, Vertragslaufzeiten, Erweiterungsgröße

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Erreicht ein Bieter nicht mindestens 40 % der möglichen Qualitätspunkte, legt die Zentrale Beschaffungsstelle zusammen mit dem Bedarfsträger fest, dass im Rahmen einer Zusammenarbeit mit dem Bieter überhaupt keine Erfüllung der gestellten Ausgabe zu erwarten ist.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

A) Handelsregisterauszug (soweit einschlägig)

b) Nachweis der Baulageberechtigung nach Art. 61 BayBO einer für die Objektplanung verantwortlichen Person (z.B. Eintragung in die Liste der Architektenkammer)

Ist der Bieter eine juristische Person, ist dieser nur dann teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bieters nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Berufsangehörige die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann,

a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu tragen oder

b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben. Nachweis der Bauvorlageberechtigung nach Art. 61 BayBO und der beruflichen Befähigung des Bewerbers und/oder der Mitarbeiter des Unternehmens, insbesondere der für die Dienstleistung.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

III.1.2.1) Nachweis einer Berufs- oder Berufshaftpflichtversicherung in bestimmter geeigneter Höhe.

Bei Bietergemeinschaften ist ein entsprechender Nachweis oder eine entsprechende Versicherungsbestätigung des Versicherungsnehmers für jeden eignungsverleihenden Auftragnehmer einzureichen.

III.1.2.2) Umsatz pro Jahr der letzten drei Geschäftsjahre im Tätigkeitsbereich des Auftrags
Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
zu III.1.2.1) Vorliegende Versicherung für Personenschäden in Höhe von mindestens
2.000.000 €, für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in Höhe von mindestens
500.000 €

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

III.1.3.1) 3 Referenzen mit Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung
vergleichbar sind. Die Angabe dieser Referenzen müssen aus den letzten 5 Geschäftsjahren
(2018 bis Juni 2023) stammen und jeweils die Bezeichnung der Leistung und Angabe des
Auftraggebers aufführen.

III.1.3.2) Die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren
jahresdurchschnittlich beschäftigten, technischen Arbeitskräften gegliedert nach Berufs- bzw.
Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal, die im Bereich Objektplanung
Gebäude tätig sind.

III.1.3.3) Nachweis der Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung "Architekt" im
angegebenen Tätigkeitsbereich.

Angaben zu den Referenzen sind mit dem Formblatt Referenzblatt zu machen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

zu III.1.3.1) mindestens eine Referenz mit Planungsleistungen

- für den Umbau / Erweiterung / Sanierung aus dem Bereich Gesundheit und Betreuung, für
Bauten im Aus- und Fortbildungsbereich (Kinder- und Jugendstätten und -zentren etc.) oder
- für ein Bauvorhaben mit vergleichbaren Planungs- und / oder Beratungsanforderungen (HZ
III) im Bestand und
- mit Kosten der KGR 300 nach DIN 276 von mind. 1,0 Mio. € (netto) aufweisen soll.

Vergleichbare Planungs- und / oder Beratungsanforderungen im obenstehenden Sinn sind
insbesondere erbrachte Planungsleistungen des Leistungsbildes Objektplanung in den
geforderten Leistungsphasen 1-8 HOAI für ein Objekt der Honorarzone III. Es muss sich
hierbei nicht zwingend um ein Objekt der gleichen Nutzungsart handeln.

Die vergleichbaren Referenzen müssen den sicheren Rückschluss zulassen, dass die für eine
ordnungsgemäße Auftragsdurchführung erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit des
Bewerbers vorhanden ist.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf
die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Architekt/In

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

siehe Auftrags-/Vergabeunterlagen

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die
Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 31/07/2023 Ortszeit: 09:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 10/08/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 01/12/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Der Bieter hat mit dem Bewerberbogen-Teilnahmeantrag anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
- gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist.

Sämtliche Vergabe-/Auftragsunterlagen sind auf der Vergabepattform (www.vergabe.bayern.de bzw. iTWO tender) eingestellt. Alle einzureichenden, bearbeitbaren Formulare sind auf den eigenen Rechner herunterzuladen, dort lokal auszufüllen und zu speichern. Alle Unterlagen können ausschließlich von registrierten Bietern über die Vergabepattform (www.vergabe.bayern.de bzw. iTWO tender) in Textform eingereicht werden. Die ausgefüllten und lokal gespeicherten Unterlagen sind auf die Plattform hochzuladen. Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform muss der Bieter, der die Erklärung abgibt, erkennbar sein. Eine gesonderte Unterschrift sowie eine fortgeschrittene oder qualifizierte Signatur ist nicht erforderlich. Die Kommunikation (Fragen, Auskünfte) erfolgt ausschließlich über die Vergabepattform. Dabei ist das Tool Frage stellen bzw. Fragen-Antworten zu verwenden. Nicht fristgerecht eingereichte Angebote, schriftliche (in Papierform eingereichte) oder formlose Angebote werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt.

zur 2. Stufe: Es wird ein Verhandlungsverfahren mit Lösungsvorschlägen durchgeführt.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern

Ort: München

Postleitzahl: 80534

Land: Deutschland

Telefon: +49 89/21762411

Fax: +49 89/21762847

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).

Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, wenn der Zuschlag erfolgt ist, bevor die Vergabekammer den Auftraggeber über den Antrag auf Nachprüfung informiert hat (§§ 168 Abs. 2 Satz 1, 169 Abs. 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 15 Kalendertage nach Absendung der Bieterinformation nach § 134 Abs. 1 GWB. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage (§ 134 Abs. 2 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Die Zulässigkeit eines

Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße 10 Kalendertage nach Kenntnis gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 GWB).

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: ZV KD Oberland Zentrale Beschaffungsstelle

Postanschrift: Prof.-Max-Lange-Platz 9

Ort: Bad Tölz

Postleitzahl: 83646

Land: Deutschland

Telefon: +49 8041/4417-700

Fax: +49 8041/4417-999

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

28/06/2023